

Pressemitteilung

14.10.2026

Land muss handeln: Entlastung für Herne und Gelsenkirchen

Alle Beschwerden, Hinweise und politischen Rückmeldungen zur Zentraldeponie Emscherbruch – einschließlich der vielfältigen Initiativen, Anträge und Nachfragen der Ratsfraktionen in Herne und Gelsenkirchen – zeigen deutlich: Die ZDE wird uns noch viele Jahre erhalten bleiben.

Wie einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion im RVR zu entnehmen ist, bleibt der Weiterbetrieb der ZDE vorerst notwendig. Ein Grund dafür ist u.a. die Klage der Stadt Dorsten gegen die geplante Ersatzdeponie auf der Halde Hürfeld, die deren Realisierung gefährdet.

Die Städte Herne und Gelsenkirchen haben auf diese Entscheidung kaum Einfluss – die Verantwortung liegt beim Land. Die Linke fordert deshalb ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen der beiden Städte gegenüber dem Land. Wenn die Kommunen die ZDE gegen den Willen der Einwohnerinnen und Einwohner als auch der Kommunalpolitik schon nicht schließen können, so müssen sie zumindest verbindliche Zusagen und konkrete Entlastungen einfordern.

Tim Lutz, Mitglied im Umweltausschuss und Ratsmitglied, betont: „Die Menschen in den besonders belasteten Stadtteilen haben ein Recht auf spürbare Entlastung. Staub, Lärm und Verkehr müssen reduziert, Grünflächen ausgebaut und die Belastungen endlich transparent erfasst und kontrolliert werden.“

Veronika Buszewski, Fraktionsvorsitzende, ergänzt: „Schriftliche Empörung reicht nicht. Wenn die Städte keinen Einfluss auf die ZDE haben, müssen sie umso klarer auftreten und vom Land verbindliche Zusagen einfordern – einschließlich zusätzlicher Mittel für die besonders betroffenen Quartiere. Die Zeit der Vertröstungen ist vorbei.“

Die Linke fordert daher konkrete Maßnahmen:

- Weniger Staub, Lärm und Verkehr: zusätzliche Staubschutzmaßnahmen, regelmäßige Reinigungen verschmutzter Zufahrtsstraßen, wirksame Lärmminderungsmaßnahmen und eine Begrenzung des deponiebedingten Lkw-Verkehrs in den angrenzenden Wohngebieten.
- Mehr Grün und weniger versiegelte Flächen: zusätzliche Baumpflanzungen, begrünte Schutzstreifen und die Entsiegelung geeigneter öffentlicher Flächen in den betroffenen Gebieten.

Pressemitteilung

- Transparente Messungen und unabhängige Kontrollen: regelmäßige Messungen der Staub- und Lärmbelastung, die Veröffentlichung der Ergebnisse im Internet und unabhängige Kontrollen bei Überschreitungen. Die Anwohner*innen müssen über die Ergebnisse informiert werden!
- Zusätzliche finanzielle Mittel: ein zweckgebundenes Landesprogramm zur Finanzierung von Begrünung, Lärmschutz, Verkehrsberuhigung und der Aufwertung öffentlicher Räume in den besonders belasteten Quartieren.

Das Land muss einen verbindlichen Maßnahmenplan mit klaren Zuständigkeiten, gesicherter Finanzierung und überprüfbaren Zielen vorlegen. Die Umsetzung muss regelmäßig öffentlich dokumentiert werden.

Es wird Zeit, dass das Land für spürbare und messbare Entlastung sorgt. Die Zeit der Vertröstungen ist vorbei.